



# HESSISCHER LANDTAG

08. 05. 2012

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD**

### **betreffend friedliche Demonstrationen sind Grundrecht - Aufruf zu Gewaltfreiheit**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit ein unverzichtbares Gut unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellt. Jeder und jede ist aufgefordert, mit diesem Grundrecht verantwortungsvoll umzugehen.
2. Für den Hessischen Landtag gehört zum verantwortungsvollen Umgang mit den Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit, dass die Grundrechte anderer gewahrt werden und der Grundsatz der Gewaltfreiheit beachtet wird. Dies bedeutet auch, sich von Gewalttaten klar und eindeutig zu distanzieren.
3. Der Hessische Landtag verurteilt jede Form von Gewalt bei Demonstrationen und spricht allen Opfern seine Anteilnahme aus.
4. Der Hessische Landtag sieht die Verantwortung der Ordnungsbehörden, die Demonstrationsfreiheit zu sichern, Konflikte durch vorausschauende polizeiliche Maßnahmen nach Möglichkeit zu verhindern, Straftaten zu ahnden und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit auf Störer zu reagieren.
5. Der Landtag bekräftigt, dass Einschränkungen des Demonstrationsrechts nur im engen Rahmen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erfolgen dürfen. Dies zu beurteilen ist allein Sache der angerufenen Gerichte.
6. Der Landtag bekräftigt, dass Proteste gegen die Politik zur Bewältigung der Euro-Krise legitim sind, sofern die Grundsätze des Versammlungsrechts eingehalten werden.
7. In der Sache lehnt der Hessische Landtag den Aufruf von "Blockupy Frankfurt" ab. Die Bewältigung der Euro-Krise stellt eine ungemaine Herausforderung für die Euro-Länder dar. Sie pauschal als undemokratisch zu verurteilen und den Protest dagegen auf eine Stufe mit den nordafrikanischen Freiheitsbewegungen zu stellen, ist falsch.
8. Der Landtag teilt allerdings die Sorge, dass die Krisenbewältigung zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft geht. Er lehnt Sozialdumping ab und fordert, dass gerade die starken Schultern einen angemessenen Anteil an der Krisenbewältigung tragen.
9. Der Landtag spricht sich dafür aus, die Konsolidierungspolitik mit einer Wachstumskomponente zu verbinden, um in internationaler Solidarität Perspektiven für Arbeit und Beschäftigung in den von der Krise besonders betroffenen Staaten zu schaffen.

Wiesbaden, 7. April 2012

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**